### Zusammen gegen die Flut; Eine solidarisch bezahlte Pflichtversicherung gegen Hochwasser und Starkregen muss her. Hausbesitzer allein können das Risiko nicht mehr tragen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. Juni 2024

4 Copyright 2024 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

## DIE

6 Section: WIRTSCHAFT; Zusammen gegen die *Flut*; S. 19; Ausg. 28

7 Length: 510 words

8 Byline: Marcus Rohwetter

#### Body

2

3

5

9

10

13

16

## DIE

Haben wir uns an solche Bilder etwa schon gewöhnt? Braune Fluten auf den Straßen, Schlamm in den Häusern und Retter in Schlauchbooten? So war das im Januar in Niedersachsen, so wiederholte sich das im Mai in Bayern und Baden-Württemberg. Und auch das Ahrtal ist drei Jahre nach dem *Hochwasser* immer noch eine große Baustelle.

Nun schützen Elementarschadenversicherungen zwar Immobilienbesitzer nicht vor <u>Wassermassen</u>, wohl aber vor dem finanziellen Ruin. Deswegen sollten sie überall zur Pflicht werden. Dass sich Bund und Länder vergangene Woche wieder einmal nicht auf diese Maßnahme einigen konnten - obwohl die Debatte mindestens seit dem Jahr 2017 läuft -, ist eine Schande.

Während fast alle der gut 19 Millionen Wohngebäude in Deutschland gegen Sturm und Feuer versichert sind, fehlt jedem zweiten ein Schutz gegen *Hochwasser* und *Starkregen*. Und die Bedrohung nimmt zu. Weltweit wächst die Zahl der *Naturkatastrophen* seit den Achtzigern jährlich um etwa drei Prozent. Für Deutschland befand der Versicherungsverband GDV im vergangenen Jahr: »Die Schäden durch Naturgefahren steigen immens.« Warum aber lässt sich eine Pflichtversicherung politisch nicht durchsetzen?

Elementarschadenversicherungen sind teuer. Ihre Beiträge können, je nach individuellem Risiko, jährlich zwischen 100 und einigen Tausend Euro liegen. Das ist zu viel für viele Hausbesitzer. Oder für Mieter, wenn die Kosten umgelegt werden.

Die Alternative ist aber auch nicht bezahlbar. Wohnraum ist eines der knappsten Güter im Land. Bis zu 800.000 Wohnungen fehlen. Schlimm genug, wenn jemand sein Heim durch eine *Naturkatastrophe* verliert. Unnötig, wenn der Wiederaufbau dann noch finanziell erschwert wird. Deshalb kann die Lösung nur in einem Versicherungsmodell liegen, an dem sich alle Immobilieneigentümer beteiligen - das sich aber nicht am individuellen Risiko des Gebäudes orientiert. Durch eine breite Basis bleiben die Beiträge für alle bezahlbar.

Das ist auch nicht ungerecht. Aus dem Umfeld des Justizministeriums ist zu hören, Menschen würden dann womöglich bedenkenlos in Hochrisikogebieten bauen. Doch Kommunen müssen ja keine Neubaugebiete im <u>Überflutungsbereich</u> ausweisen. Problematisch sind vor allem jene Millionen

...Zunahme von Hochwasseri
...Ökonomisch
...Fehlerhafte |
...Fehlerhafte |
...Schlechte Zusammena
...Soziologisches Ri
...Risiko nach World
...negative Entwicki
...Zunahme von Hochwasserereig
...Risikoarten nach Global Risk Rej

..Hohe Schäden

..Ökonomisches Risiko

..Kombination aus verschiedenen

.Rechtliche Maßnahmen

.Nicht-zutreffende Prognosen

1/2

.. Klimawandel verstärkt Hoc
...Kredite aus dem Bundesha
...Fehlerhafte Bundespolitik
...Stereotypen

Häuser, in denen Menschen schon lange wohnen.

Solidarität unter Immobilienbesitzern wäre angebracht. *Extremwetterlagen* sind eine Folge des Klimawandels, und alle sind mitschuldig - unabhängig vom Wohnort. Das gilt auch für den Staat, der sich an den Versicherungsbeiträgen beteiligen oder im Katastrophenfall als Rückversicherer einspringen sollte. Denn wie der von der Bundesregierung eingesetzte Expertenrat für Klimafragen gerade wieder festgestellt hat, dürfte Deutschland seine CO\x{2082}-Reduktionsziele für 2030 verfehlen. Wenn aber der Staat schon seine Ziele nicht einhält, kann er sich wenigstens an den Folgekosten beteiligen.

Schon klar: Der Staat, das sind die Steuerzahler. Alles ist immer nur Budgetverschiebung. Am Ende müssen es alle so oder so bezahlen. Also lasst uns versuchen, das Drama wenigstens erträglicher zu machen. MARCUS ROHWETTER

#### 19 Classification

# DIE ZEIT

21 Language: GERMAN; DEUTSCH

22 Publication-Type: Zeitung

23 Journal Code: zei

- 24 Subject: <u>NATURKATASTROPHEN</u> (91%); KATASTROPHENHILFE (90%); NEGATIVE UMWELTNACHRICHTEN (90%); <u>ÜBERSCHWEMMUNGEN</u> (90%); EXTREME <u>WITTERUNGSVERHÄLTNISSE</u> (89%); POLITISCHE DEBATTEN (79%); KLIMAWANDEL (77%); POLITIK (75%); VERSICHERUNGSVERBÄNDE (72%); VEREINIGUNGEN & ORGANISATIONEN (68%); JUSTIZMINISTERIEN (62%)
- Industry: VERSICHERUNG (89%); WOHNIMMOBILIEN (89%); KATASTROPHEN-RÜCKVERSICHERUNG (77%); RÜCKVERSICHERUNG (77%); VERSICHERUNGSPRÄMIEN (77%); SACHVERSICHERUNG (76%); VERSICHERUNGSVERBÄNDE (72%)
- Geographic: NIEDERSACHSEN, DEUTSCHLAND (79%); BADEN-WÜRTTEMBERG, DEUTSCHLAND (59%); BAYERN, DEUTSCHLAND (59%); DEUTSCHLAND (88%)

27 Load-Date: June 27, 2024

DIE ZEIT End of Document